



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 07. Juli 2023 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

„Diese Regierung ist ausgebrannt“ kommentierte gestern eine große deutsche Wochenzeitung, die nicht in Verdacht steht, besonders CDU-nah zu sein.

Das Fass zum Überlaufen mit daraus resultierenden, bemerkenswert schlechten Schlagzeilen brachte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das die Befassung des Heizungsgesetzes im Hauruckverfahren im Wege einer einstweiligen Anordnung stoppte. Der Kollege Thomas Heilmann, der mit seinem Antrag auf einstweilige Verfügung vor dem Verfassungsgericht obsiegte, hat Recht: Es ist eine Beschneidung der Rechte von Parlamentariern, wenn ohne ordentliches Verfahren, inhaltliche Grundlagen und auf dem Boden grober Leitplanken Gesetze aus parteitaktischen Gründen den Bundestag passieren sollen.

Natürlich: Im Bundestag muss es mal schnell gehen dürfen – zum Beispiel, wenn es um Naturgewalten (Ahrtal-

Flut) oder eine pandemische Notlage geht. Mit diesen Vorgängen ist das Heizungsgesetz nicht vergleichbar. Die künstliche herbeigeführte Zeitnot ist ein weiterer Beleg für eine fragwürdige Regierungspolitik, die sich auch in einem anderen parlamentarischen Präzedenzfall festmacht. Mit der Verweigerung auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Steuerskandal Scholz/Warburg“ entscheidet die Ampel-Mehrheit gegen die Rechte der parlamentarischen Minderheit. Es ist ein Umgang mit dem Parlament und mit der Opposition, der bedenklich ist und Angriffsfläche mit Blick auf die Entscheidungskultur bildet, die am Ende von den Falschen im Land ausgeschlachtet wird. Auch verstetigt sich der Eindruck, den immer weitere Teile in der Bevölkerung haben: In zahlreichen Fragen neigt die Ampel zunehmend zu Entscheidungen, die an der Realität und an den Sorgen der Bevölkerung vorbeigehen.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Stellungnahme zu den Elterngeld-Plänen der Bundesfamilienministerin
- Aktuelle Stunde zum Wirtschaftsstandort Deutschland
- Vorbereitung des NATO-Gipfels in Vilnius
- Gespräch mit somalischer Hochschuldelegation
- Gute Nachrichten für Bad Homburg

## NEIN zur Elterngeld-Streichung!



Startdatum 3. Juli 2023  
Petition an Lisa Paus (Bundesfamilienministerin) und [an 2 mehr](#)

**Warum ist diese Petition wichtig?**

536.494

Unterschriften

1.000.000

Nächstes Ziel

42.931 Personen haben heute unterzeichnet

### Petition unterschreiben

Vorname

Nachname

E-Mail

*Die von Verena Pausder initiierte Petition erreichte bereits in wenigen Tagen eine erhebliche Unterstützung.*

### Persönliche Stellungnahme

## Elterngeld-Pläne der Familienministerin sind ein familienpolitischer Rückschritt!

**B**evor ich im Jahr 2017 zur Außenpolitik kam, war die Familien- und Finanzpolitik mein fachlicher Schwerpunkt im Deutschen Bundestag. Die rechtlichen, finanziellen und familienbezogenen Aspekte des Elterngeldes sind mir daher als ehemaliger Berichterstatter zu ehe- und familienpolitischen Leistungen meiner Fraktion im Detail bekannt und ich bin verblüfft! Dass ausgerechnet eine Familienministerin mit grünem Parteibuch eine Leistungskürzung in einer Lohnersatzleistung plant, die neben anderem vor allem die Gleichstellung von Mann und Frau in unserem Land in beispielloser Weise befördert hat, hätte ich bis vor Kurzem kaum für möglich gehalten. Das von der Union eingeführte Elterngeld war die erfolgreichste Reform für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Instrument zur besseren

Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Die jetzigen Pläne von Bundesministerin Paus sollen beim Elterngeld die Einkommensgrenze von bislang 300.000 auf 150.000 Euro für Paare im Bemessungszeitraum halbieren und damit den Kreis der Leistungsberechtigten verkleinern. Für viele Familien wäre das in der Auswirkung eine Abschaffung des Elterngeldes. Dieses Vorhaben geht an der Zielsetzung des Elterngeldes und an der Lebensrealität von Familien vorbei. Bundesfamilienministerin Paus vergisst bei allem Aktionismus, dass gerade die arbeitende Mittelschicht dazu beiträgt, den Sozialstaat Deutschland zu stemmen.

**Ich kann Ihnen insofern versichern, dass wir als Union alles daran setzen, diese Begrenzung beim Elterngeld zu verhindern. •**

## Aktuelle Stunde: Wirtschaftsstandort Deutschland stärken.

**A**uf unseren Antrag hat am Mittwoch eine Debatte zum Wirtschaftsstandort Deutschland stattgefunden. Die Bestandsaufnahme ist dabei wenig schmeichelhaft: Deutschland befindet sich in der Rezession. Die Wirtschaftsleistung ist in den letzten beiden Quartalen zurückgegangen. Die Indikatoren für die weitere Entwicklung sind ebenfalls negativ. Das Ifo-Geschäftsklima ist auf den niedrigsten Stand seit November 2022 gesunken, während im ersten Halbjahr 2023 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stark gestiegen ist. Die Inflation in Deutschland bleibt weiter hoch und stieg im Juni auf 6,4 %, während sie in der Eurozone sank.

**Standpunkt:** *CDU und CSU haben zuletzt im Rahmen eines 10-Punkte-Plans konkrete Vorschläge zur Stärkung des Standorts Deutschland eingebracht. Aus meiner Sicht sind darin die für die künftige wirtschaftliche Entwicklung des Landes zentralen Gesichtspunkte enthalten: wettbewerbsfähige Steuern und Abgaben, eine spürbare Entlastung der Mittelschicht, sichere und bezahlbare Energie, Belastungsmoratorium für Bürger und Unternehmen, ein seinen Namen verdienendes Bürokratieentlastungsgesetz sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. •*

## NATO-Gipfel zum historischen Erfolg für europäische Sicherheit machen.

**A**m 11./12. Juli 2023 findet der NATO-Gipfel in Vilnius (Litauen) statt. Mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Russland die europäische Sicherheitsarchitektur aufgekündigt und gegen das Völkerrecht verstoßen. In Vilnius stehen neben der formellen Aufnahme Finnlands in die NATO vor allem die Diskussionen über weitere militärische Unterstützung für die Ukraine, mögliche Sicherheitsgarantien und eine ukrainische NATO- Beitrittsperspektive auf der Tagesordnung. Ein weiterer Tagesordnungspunkt wird die Weiterentwicklung des 2%-Ziels sein. Etliche Alliierte drängen darauf, dass im Abschlusskommuniqué ab sofort von einer 2%- Untergrenze gesprochen wird.

**Standpunkt:** *Von glaubhafter transatlantischer Lastenteilung kann nur die Rede sein, wenn Deutschland den Aufbau eigener Verteidigungsfähigkeiten ernst nimmt und dabei die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas macht. Die Bundesregierung muss einen Plan zur konsequenten Vollausrüstung der Streitkräfte, sowie für die vollständige Nachbeschaffung abgegebenen Materials und von Munitionsbeständen vorlegen. Die Zeitenwende muss mit konkreten Fortschritten unterlegt werden, um Deutschlands Bündnispolitische Glaubwürdigkeit zu stärken. •*

## Im Gespräch mit dem Botschafter Vietnams.

Im Rahmen meiner Berichterstattungen im Auswärtigen Ausschusses treffe ich regelmäßig mit Botschafterinnen und Botschaftern zusammen. In dieser Woche konnte ich mit dem vietnamesischen Botschafter, Herrn Vu Quang Minh, über die strategische Entwicklung unserer bilateralen Beziehungen unserer beiden Länder sowie über Menschenrechtsfragen sprechen. Vietnam gilt als eine der aufstrebenden Volkswirtschaften im südostasiatischen Raum und ein möglicher Partner für die Entflechtung deutscher ökonomischer Beziehungen mit China.

## Somalische Delegation zu Gast in Hessen.

Vergangene Woche hatte ich die Freude, eine somalische Hochschuldelegation in Bad Homburg zu einem Gespräch treffen zu können. Als Berichterstatter im Auswärtigen Ausschuss für große Teile des afrikanischen Kontinents ist mir die fragile Situation im Land am Horn von Afrika leider nur allzu vertraut. Neben der allgemeinen politischen Lage haben wir auch über die Zusammenarbeit auf Hochschulebene gesprochen.

Auch wenn die Instabilität des Landes oftmals pessimistisch stimmt, dürfen wir nicht nachlassen, gerade im Bildungsbereich den Menschen dort zu helfen. •



## Die gute Nachricht der Woche: 1,5 Mio. Euro für Fahrradparkturm in Bad Homburg.

In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses vor der Sommerpause wurde über das Programm „Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen“ entschieden. Insgesamt wurden Mittel in Höhe von 55 Millionen Euro.

Ganz besonders freue ich mich, dass hiervon 1,547 Millionen Euro nach Bad Homburg fließen, um am dortigen Bahnhof einen Fahrradparkturm zu errichten. Dadurch werden Mobilität und Nachhaltigkeit in der Kurstadt weiter gestärkt. •